

I. Öffentliches Recht

Wissenschaft

- Wissenschaftliches Denken ist **folgerichtiges Denken**. Man macht begründete Aussagen über einen bestimmten Gegenstand. Das Objekt der Wissenschaft kann nicht richtig oder falsch sein, es kann nur zweckmäßig oder weniger zweckmäßig (sinnvoll oder weniger sinnvoll) sein.
- Sucht man wissenschaftliche Erkenntnis, muss diese Suche **methodisch** sein. Die wissenschaftlichen Aussagen über ein Objekt müssen der wissenschaftlichen Objektivität genügen und **intersubjektiv** nachprüfbar sein. Intersubjektiv bedeutet, dass die Aussagen unabhängig vom erkennenden Subjekt auf ihre Richtigkeit überprüfbar sind. Die Methodenlehre („Logik der Forschung, Popper) beschäftigt sich mit dieser Suche. Es gibt verschiedene Methoden für verschiedene Wissenschaften. Gefühle, Hoffnungen, religiöse Ansichten, etc. dürfen nicht in das Ergebnis der Forschung mit einbezogen werden.
- Das Kriterium der **Falsifizierbarkeit** wurde von Popper vorgeschlagen und besagt, dass nachprüfbare Aussagen solange als „richtig“ zu qualifizieren sind, solange sie nicht falsifiziert sind. Die Aussagen müssen in einem logischen System aufgebaut sein, dh. Die Sätze müssen inhaltlich zusammenhängen.

Beschreibung des Rechts

- Rechtswissenschaft ist eine Geisteswissenschaft. Sie ist eine normative Wissenschaft, denn ihr Gegenstand sind bestimmte Regeln für menschliches Verhalten. Dass sich ein Mensch in einer bestimmten Weise verhalten soll, wird als Norm bezeichnet.
- Normen, deren Nichtbefolgung allerdings **staatlich organisierten Zwang** auslösen soll, sind Normen des Rechts und somit Gegenstand der Rechtswissenschaft. Andere Normen sind Normen der Moral oder Sitte und Gegenstand der Ethik und Sittenlehre. Normen, die einen staatlich organisierten Zwang mit sich ziehen, bezeichnet man als positives (ponere) Recht.
- Es ist nur sinnvoll ein positivrechtliches Normensystem nur dann rechtswissenschaftlicher Betrachtung zu unterziehen, wenn dieses Normensystem im Großen und Ganzen effektiv ist.
- Unmoralisches oder ungerechtes Recht kann es geben; unabhängig von Moral- und Gerechtigkeitsvorstellungen kann auch „unmoralisches“ oder „ungerechtes“ Recht positives Recht sein, sofern es vom **ermächtigten** Gesetzgebungsorgan erlassen wurde.
- Ob man eine Rechtsordnung befolgt oder nicht befolgt ist eine Entscheidung, die jeder moralisch selbst zu verantworten hat. Selbstverständlich gibt es auch positives Recht, das keinen moralisch relevanten Inhalt hat (zB ist es moralisch gleichgültig, ob man im Straßenverkehr links oder rechts fährt).
- Unter Naturrecht versteht man die Idee, **nur** moralisch richtiges Recht als „Recht“ zu behandeln. Natürlich kann das menschliche Erkenntnisvermögen nicht das richtige Recht erkennen. Die Folge waren sehr verschiedene Naturrechtssysteme. Mehl hat sich mit dieser Problematik befasst.

- Das positive Recht und bestimmte Naturrechtssysteme können sich decken, allerdings beschreibt ein Naturrechtler etwas anderes als jemand, der positives Recht als Betrachtungsgegenstand wählt. Dieser will das positive Recht **erfassen**, nicht mehr und nicht weniger.
- Hans Kelsen begründete die „Wiener Rechtstheoretische Schule“. Diese begründete ein theoretisches Konzept, die „**Reine Rechtslehre**“.

Die „Reine Rechtslehre“

- Die Reine Rechtslehre will eine Theorie des positiven Rechts sein, sie wählt als Erkenntnisgegenstand das **von Menschen erzeugte Recht**. Dies ist der ausschließliche Gegenstand ihrer Betrachtung. Recht, das nicht von Menschen erzeugt wurde, scheidet aus. Die streng auf das positive Recht bezogene Erkenntnis hat zur Folge, dass die Rechtslehre als „rein“ bezeichnet wird.
- Da es nicht möglich ist, mit Mitteln menschlichen Denkens zu erkennen, welche Werte absolute Geltung haben (es gibt unterschiedliche Auffassungen, zB katholisches, islamisches, marxistisches, faschistisches Naturrecht), kann man von keiner absoluten Geltung ausgehen. Dies nennt man **Wertrelativismus**.
- Weiters ist für die Reine Rechtslehre die **Trennung von Sein und Sollen** wesentlich. Aus dem Umstand, dass etwas ist, kann man weder ableiten dass dies so sein soll, noch dass dies nicht so sein soll. Der Wille von Menschen ist ein Faktum, der ein Sollen nicht zu begründen vermag. Ein Sollen kann daher seine Geltung nur von einem anderen Sollen abgeleitet werden.
- Wenn die Geltung einer Norm nur aus einer anderen Norm abgeleitet wird, ist es notwendig anzunehmen, dass an der Spitze jedes Rechtssystems eine oberste Norm steht, die die Geltung des ganzen Rechtssystems begründet. Diese oberste Norm ist nicht positivrechtlich verankert, sondern eine Annahme. Wir nehmen die Geltung einer obersten Norm, einer **Grundnorm** (Kelsen) an.
- Eine Annahme dieser Grundnorm ist notwendig; da die Reine Rechtslehre absolute Werterkenntnisse ablehnt (also man nicht sagen kann, dass jedermann sich diesen Werten (Normen) gemäß verhalten müsse), ist diese Annahme notwendig. Die Reine Rechtslehre beantwortet nicht die Frage, ob sich jemand auch dem positiven Recht gemäß verhalten soll.

Rechtswissenschaften

- **Rechtsdogmatik** möchte das positive Recht **erkennen**, beschreiben und seinen Inhalt möglichst genau erfassen. Innerhalb der Rechtsdogmatik gibt es Spezialisierungen, zB Zivilrecht, Handelsrecht, Arbeitsrecht, Strafrecht, Verwaltungsrecht, etc.
- **Die Rechtstheorie** (oder allgemeine Rechtslehre) möchte **Strukturen** normativer Ordnungen darstellen. Dies wird von Popper als „Forschungslogik“ bezeichnet.
- Die **Rechtsphilosophie** beschäftigt sich mit **allgemeinen Fragen**, die sich nicht streng von der Rechtstheorie trennen lassen. Man kann die Position des Wertrelativismus als rechtstheoretischen Ansatz sehen, allerdings auch als philosophisches Phänomen im Zusammenhang mit menschlichem Denken.
- **Die Rechtsgeschichte** möchte zum Teil die Rechtsordnung zu einer bestimmten **historischen Epoche** beschreiben (zB Österreichisches Verfassungsrecht zur Zeit Josef II), hier handelt es sich also um eine dogmatische Betrachtung einer heute nicht mehr geltenden Rechtsordnung. Zum anderen möchte die Rechtsgeschichte auch mit der **Entwicklung** eines Rechtsgebietes beschäftigen und möchte zeigen, welche historischen Fakten zum heute geltenden Recht geführt haben.
- Weiters seien Rechtspolitik, Rechtssoziologie und Gesetzgebungslehre genannt.

Inhaltliche Struktur von Normen

- **Die Zwangsnorm** ist eine Anordnung für menschliches Verhalten. Sie besteht aus dem **Gebotsteil** und dem **Sanktionsteil** der anordnet, welchem Zwang wird ausgesetzt sind, wenn wir dem Gebot nicht entsprechen. Den Gebotsteil oder Sanktionsteil alleine kann man als Rechtsvorschrift bezeichnen. Die Nichtbeachtung eines Gebotes löst die Sanktion nicht tatsächlich aus, die Sanktion soll verhängt werden. Nicht jeder, der ein Gebot verletzt, wird allerdings auch tatsächlich bestraft.
- Eine Zwangsnorm kann auch als **Verhaltenrechts** und **materielles Recht** bezeichnet werden.
- **Die Zwangsvollzugsnorm** regelt, **wer** befugt ist, die Zwangsnorm zu vollziehen und wie dabei vorzugehen ist. Die Regelung der Zuständigkeit (wer für eine bestimmte Angelegenheit zuständig ist) gehört in einem weiten Sinn zum Organisationsrecht. Das Vorgehen, das „**wie**“, wird als Verfahrensrecht (Prozessrecht) bezeichnet. Auch die Bezeichnung formelles Recht ist gebräuchlich.
- Die genaue Unterscheidung zwischen Organisationsrecht und Verfahrensrecht ist wichtig, da das positive Recht verschiedentlich auf diesem Unterschied aufbaut (Kompetenz und Gesetzgebung).
- Zwangsnormen und Zwangsvollzugsnormen müssen vom Menschen erzeugt werden, da sie positives Recht sein sollen. Welche Menschen zur Erzeugung von positivem Recht ermächtigt sind, regeln die **Erzeugungsnormen**. Diese haben einen ermächtigenden Inhalt.
- Zur Rechtserzeugung können mehrere Menschen berufen sein, oder auch nur ein einzelner. Erzeugungsregeln „organisieren“ also einen Staat. Wir bezeichnen Erzeugungsregeln daher auch als **Verfassungsrecht im materiellen Sinn**, weil wir den Regelungsinhalt (Rechtserzeugung) meinen.
- Die positive Rechtsordnung stellt die Typologie einer **Zwangsordnung** dar. Die Zwangsvollzugsnorm regelt die Durchsetzung der Zwangsnorm und die Erzeugungsnorm regelt die Erzeugung beider und auch sie hat somit Zwangscharakter. Dieser Zwangscharakter kann, falls die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, auch gegen den Staat selbst durchgesetzt werden. Rechtliche Regelungen dienen dem Schutz der „Schwachen“.
- **Recht regelt seine eigene Erzeugung**. Normen, die aufgrund derselben Erzeugungsregel erzeugt werden, haben eine Gemeinsamkeit. Diese Gemeinsamkeit nennt man **Form**. Ihre Gemeinsamkeit ist nicht der Inhalt, sondern ihre Erzeugungsregel.
- Es gibt so viele **Formen des Rechts** (Rechtsformen) wie es **Erzeugungsregeln** gibt.
- Es gibt Rechtserzeugungsformen, die zu einer relativ einfachen und Rechtserzeugungsformen, die zu einer relativ schwierigeren Rechtserzeugung befähigen. Daraus folgt, dass die schwierigere Erzeugungsform eine **höhere rechtliche Kraft** besitzt als die andere. Eine Vielfalt an Rechtserzeugungsformen ist ein Ausdruck einer komplexen Rechtskultur, die Macht ist ausdifferenziert.

Rechtsformen im österreichischen Recht

- Im Mittelpunkt des positiven, österreichischen Rechts steht die **generelle Regelung**, die als „**Gesetz**“ bezeichnet wird. Generelle Regelung ist also die inhaltliche Bedeutung eines „Gesetzes“. Generelle Regelungen werden daher als **Gesetze im materiellen Sinn** bezeichnet.
- Die Verfassung sieht vor, dass generelle Regelungen durch das Parlament zu erzeugen sind. Das, was der Begriff „Gesetz“ inhaltlich meint, wird als materiell beschrieben. Welche Art von Gesetzesform das Gesetz ist, wird als Gesetz im

formellen Sinn beschrieben. Gesetze im formellen Sinn sind Regelungen, die vom **Gesetzgebungsorgan** (Parlament) zu erlassen sind.

- Das „Prinzip der Ausschließlichkeit der Regelung von Verfassungsrecht im materiellen Sinn durch Verfassungsrecht im formellen Sinn“ ist die Einsicht, dass **Rechtserzeugungsregeln** in einer bestimmten (**schwierigeren**) Form zu erzeugen sind. Als **Ausnahmen** seien folgende Regelungen erwähnt: Wahl des Nationalrats, Kundmachung von Gesetzesbeschlüssen, Volksabstimmung. In manchen Fällen ermächtigt die Bundesverfassung den einfachen Gesetzgeber, Regelungen in Form eines einfachen Gesetzes zu erlassen, obwohl diese inhaltlich betrachtet Verfassungsrecht (im materiellen Sinn) sind.
- Verordnungen dürfen von Verwaltungsbehörden aufgrund der Gesetze (Art 18 Abs 2 B-VG) erlassen werden). Verordnungen sind generelle Regelungen, die ein Gesetz präzisieren. Eine weitere Form für bestimmte generelle Regelungen ist somit die Erlassung durch eine Verwaltungsbehörde.
- Die Verordnung erweist sich als „einfacher“ und bedarf keine Einschaltung des Parlamentes und ist Gesetz im materiellen Sinn. Gesetz im formellen Sinn ist sie nicht, da sie nicht vom verfassungsrechtlich vorgesehenen Gesetzgebungsorgan erlassen wird. Gesetzesform und Verordnungsform unterscheiden sich im Erzeugungsorgan.
- **Unionsrecht** ist zum Teil mittelbar anzuwenden und hat Vorrang vor widersprechendem Nationalrecht.

Rechtserzeugung und Vollziehung

- Es ist immer ein **Willensakt** (Setzungsakt) erforderlich, der von einer Norm als **rechtlich relevant** erklärt wird, um positives Recht zu erzeugen.
- Die Erzeugungsregel macht eine normative Deutung des tatsächlichen Geschehens möglich und fungiert als **Deutungsschema**. Nach diesem können wir bestimmte Normen deuten, die einen Setzungsakt als rechtlich relevant erklären.
- Es soll eine Sanktion eintreten und diese Sanktion wird vollzogen (Vollziehung). Die Zwangsnormvollzugsnorm fungiert als Deutungsschema, da sie festlegt, **wer** zur Vollziehung der Sanktion befugt ist.
- Gesetzgebung und Vollziehung unterscheiden sich theoretisch nicht. Merkl hat dies als „**doppeltes Rechtsanlitz**“ bezeichnet. Somit ist die Zwangsvollzugsnorm auch gleichzeitig eine Erzeugungsregel.
- Das positive Recht unterscheidet Gesetzgebung und Vollziehung einer langen Tradition folgend. Die **Unterscheidung** knüpft an die **Rechtsform** an. Gesetzgebung ist die Erlassung genereller Normen durch den verfassungsrechtlich vorgesehenen Gesetzgeber, Rechtserzeugung in anderer Form, dh. Durch Organe, gehört zur Vollziehung.
- Die ältere Lehre vertrat die Ansicht, dass sämtliche Entscheidungen durch das Gesetz bereits getroffen seien und die Vollziehung nur der „Mund des Gesetzes“ (Montesquieu) sei. Dies ist falsch und wurde insbesondere durch die Reine Rechtslehre (Kelsen) widerlegt.

Stufenbau des Rechts

- Das erzeugende Recht ist durch die Rechtserzeugungsregeln inhaltlich bedingt. Es gibt also **bedingendes** (erzeugendes) und **bedingtes** (erzeugtes Recht). Die bedingende Norm ist der bedingten übergeordnet, also höher. Dies ist der **Stufenbau nach der rechtlichen Bedingtheit**. Der Inhalt der erzeugenden Norm ist vorherbestimmt.
- Der Sinn verschiedener Rechtsformen ist die rechtliche Kraft. Die Fähigkeit einer Rechtsvorschrift, andere Rechtsvorschriften aufzuheben oder abzuändern, nennt man **derogatorische** Kraft.

- Die in einer schwierigeren Form erzeugte Norm ist im Rang höher als die in einer leichteren erzeugten Norm und vermag die höhere nicht zu derogieren, da sie „schwächer“ ist. zB ist eine Verordnung leichter zu Erzeugen als ein Gesetz und kann somit kein Gesetz derogieren.
- Diese beiden Stufensysteme müssen sich nicht decken. Der **Stufenbau** nach der **derogatorischen Kraft** ist allerdings relativ **leichter** darzustellen, da Rechtsordnungen in der Regel eine beschränkte Zahl von Rechtsformen, allerdings eine nicht fassbare Verschiedenheit von Rechtsinhalten aufweisen.
- Stufenbau nach derogatorischer Kraft:
 1. **Gesamtänderndes Verfassungsgesetz**; Erzeugungsregel: Nationalrat; ½ Anwesenheit + 2/3 Zustimmung + Volksabstimmung
 2. **Teiländerndes Verfassungsgesetz**; Erzeugungsregel: Nationalrat; ½ Anwesenheit, 2/3 Zustimmung
 3. **Einfaches Gesetz**; Erzeugungsregel: Nationalrat; 1/3 Anwesenheit, unbedingte Mehrheit
 4. **Verordnung**; Erzeugungsregel: Verwaltungsbehörde
 5. Darunter: Urteil (Gericht) und Bescheid bzw. Akt unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt (Verwaltungsbehörde). Hier kommt es schließlich zur zwangsweisen Durchsetzung. Der Vollstreckungsakt ist keine Norm.
- Für Stufen darunter gibt es zahlreiche Differenzierungen, zB für Verordnungen.
- Das unmittelbare Unionsrecht tritt der Struktur bei. Es kann nationales Recht auf jeder Stufe ausgenommen die höchste Schicht des Verfassungsrechts (ist umstritten) verdrängen.

Der Staat

- Staat und Recht sind im positivrechtlichen Sinne ident. Wenn wir uns um eine exakte wissenschaftliche Methode bemühen, können wir den Staatsbegriff im juristischen Sinn nur aus dem positiven Recht gewinnen. Der Staat ist die Verfassung samt allen Normen, die auf ihrer Grundlage erzeugt wurden. Der Staat ist also die **Rechtsordnung**.
- Ermächtigung, Normen zu erzeugen = **Gesetzgebung** oder auch Vollziehung.
- Andere Merkmale: Historisch, ethnologisch, kulturell, Historisch-politsch;
- Jeder Mensch, der von der Rechtsordnung zur Rechtserzeugung ermächtigt wird, ist „**Staatsorgan**“ genauer: Organe im **funktionellen Sinn**. Wenn jemand allerdings einen privatrechtlichen Vertrag abschließt, erzeugt er zwar eine Rechtsnorm, jedoch auf Eben des positiven Rechts kein Staatsorgan sondern „**Realisator** des Rechts“ (Merkel).
- Als „Organwalter“ wird der Mensch bezeichnet, der eine Organfunktion **ausübt**
- Organe im funktionellen Sinn werden wiederum gegliedert in:
 1. Organe im **dienstrechtlichen Sinn** (beamtenrechtliches Verhältnis, zB Richter). Deren Rechtsstellung (Pflichten, Ernennung, Bestellung) ist genau geregelt.
 2. Organe im **organisatorischen Sinn** (zB Bundeskanzler). Deren Rechtsstellung ist mehr oder weniger genau geregelt, allerdings unterliegen sie keinem Dienstrecht.
 3. Organe im **bloß funktionellen Sinn** (zB Bestellung geeigneter und vereidigter Personen zur Vollziehung einzelner Vorschriften)

- Bestimmten Organen sind aufgrund der Rechtsvorschriften befugt, einseitig (heteronom) verbindliche **Rechtsakte** zu setzen. Diese Organe haben **Befehlsgewalt** (imperium) und werden als Behörden bezeichnet.
- Unter einer Behörde versteht man jedes staatliche Organ, das Befehlsgewalt hat (Gericht, Verwaltungsbehörde. Behörde ist der **Bundesminister**, nicht sein Hilfsapparat. Den „Hilfsapparat“, das Bundesministerium, kann man als Amt oder Dienststelle bezeichnen. Dieser „Hilfsapparat“ hat keine Normsetzungsbefugnis. Achtung: Finanzamt nicht nur „Amt“, sondern Behörde, weil zur einseitigen Normerzeugung berufen.
- **Staatsakt**: Recht gemäß einer Erzeugungsregel erzeugt. Staatsakt = Rechtsakt. Ein Problem ist der fehlerhafte Staatsakt. Kann ein Gesetz nicht als Deutungsschema rangezogen werden,, ist der Akt nicht deutbar = absolut nichtig, ein „Nickt-Akt“.
- Jeder Fehler führt zur Nichtigkeit = Problem. Die Frage, ob ein Fehler vorliegt = schwierig. Lösung -> Regelungen über Fehlerfolgen, „**Fehlerkalkül**“ (Merkel). Fehlerhafte Akt wird aufgehoben -> setzt voraus, dass der Akt existent ist. Entspricht ein Rechtsakt nicht seinen Erzeugungsbedingungen, ist er absolut nichtig. Besteht aber ein positivrechtliches Fehlerkalkül, dann ist er nach Regelungen des Fehlerkalküls **vernichtbar, abändbar**, etc. Ein Fehlerkalkül besteht auch nur dann, wenn es das positive Recht anordnet.
- Ein rechtswidriger Staatsakt kann auch nicht bekämpft werden, obwohl dies möglich ist, indem zB jemand vergisst, eine Berufungsfrist einzuhalten.

Bundesverfassungsrecht – Grundprinzipien

- Verfassungsrecht = keine einheitliche Kodifikation, aus mehreren historischen Schichten, zB Grundrechte im **Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger** (1867) und **Europäische Menschenrechtskonvention** (1958)
- formelles Verfassungsrecht = **Bundes-Verfassungsgesetz** (B-VG) aus dem Jahre 1920, regelt grundsätzliche Fragen der **staatlichen Ordnung** und ist Basis Ausübung **politischer Macht** sowie **Regelungen** der **Rechtserzeugung** und **Stellung der obersten Organe, Rechtsschutz** und Kontrolle des staatlichen Handelns
- Wieso Verfassungsrecht? -> wichtige Fragen nur mit Mehrheit geregelt werden, will Staatsgewalt regeln und Freiheiten gewährleisten. Es gibt verschiedene Prinzipien:

1. demokratisches Prinzip:

- Rechtserzeugung durch das Volk (Herrschaft des Volkswillens, „**Gesetzesherrschaft**“)
- Demokratie vermeidet Herrschaft nicht, aber **Herrschaft der Mehrheit > autokratische Herrschaft**
- **Mittelbare Demokratie** (Vertreter werden gewählt, „Repräsentation) Problem -> Dominanz politischer Parteien
- **Unmittelbare Demokratie**: Volksbegehren, Volksabstimmung

2. republikanisches Prinzip

- an Staatsspitze **verantwortliches** Organ mit **begrenzter** Amtsdauer (Bundespräsident) -> Gegensatz: Monarch (unbegrenzte Amtsdauer)

3. bundesstaatliches Prinzip:

- Staatsgewalten (=Gesetzgebung u. Vollziehung) -> aufgeteilt **verschiedene Körperschaften**, nämlich Bund und Länder. ABER: Gerichtsbarkeit ist **ausschließlich** Bundessache.
- Bundesstaat -> **dezentralisierter** Staat
- Gegenteil: Einheitsstaat
- Kompetenzverteilung **kompliziert**, zB Gesetzgebung in Bausachen Landessache (jedes Land eigene Bauordnung), aber zB Angelegenheiten Gewerbe Bundessache

4. gewalttrennendes Prinzip:

- **Staatsgewalt** in verschiedenen Organen mit versch. Funktionen **aufgeteilt**
- Gewalttrennungslehre (Montesquieu) unterscheidet: **Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichtsbarkeit**
- Ziel: Verhinderung von **Machtkonzentration** sowie Anstrengung **gegenseitiger Kontrolle**
- In Realität wenig wirksam, da Gesetzgebung und Verwaltung von denselben **politischen Kräften** getragen, **Justiz** jedoch **wirksam**

5. rechtsstaatliches Prinzip

- Staatstätigkeit erfolgt aufgrund Gesetze -> **Legalitätsprinzip**
- Gesetzgeber an Verfassung und Vollziehung der Gesetze **gebunden**
- VfGH, VfSlGH als **Rechtsschutzeinrichtungen**
- Rechtsstaat <-> **Polizeistaat**
- Gewährleistung **Vorhersehbarkeit staatlichen Handelns**

6. liberales Prinzip

- bestimmte Bereiche **Freiheit vom Staate**
 - abgeleitet aus Grund- und Freiheitsrechten
 - Schutz **persönlicher Freiheiten** (zB Schutz vor Verhaftungen)
 - freie Meinungsäußerung, Religionsfreiheit, Selbstbestimmung des Einzelnen
 - liberales Prinzip <-> **totale Staat** (Einmischung überall)
- Verfassungsgesetz ändert Grundprinzip -> muss **Volksabstimmung** („Gesamtänderung“). Grundprinzipien -> **höchstrangiges Recht** der österr Rechtsordnung (meiste derogatorische Kraft), entnommen der Verfassung durch **Interpretation**

Gesetzgebung

- **Kompetenzverteilung** Bund < - > Länder
- B-VG regelt Bundesgesetzgebung und Landesgesetzgebung, ABER: Ausnahmen! -> manche Bundesgesetzgebungen aufgrund **Ermächtigungen** durch einfaches Bundesgesetz geregelt, es handelt sich **um Verfassungsrecht im materiellen Sinn** (Wahl des Nationalrats, Volksbegehren, Volksabstimmung, Kundmachung von Gesetzesbeschlüssen). Hier wird Grundsatz „Verfassungsrecht im materiellen Sinn durch Verfassungsrecht im formellen Sinn zu regeln“ **durchbrochen**.
- **Bundesgesetzgebung**

1. obliegt **Nationalrat** mit **Bundesrat** („Zweikammersystem)
2. Nationalrat: **183** Mitgliedern, durch Bundesvolk gewählt
3. Landtag: **62** Mitglieder, durch Landtag gewählt
4. „Länderkammer“ in Bundesgesetzgebung **Konsequenz** des bundestaatlichen Prinzips
5. **Gesetzgebungsantrag** („Gesetzesinitiative“): durch Bundesregierung, Mitgliedern des Nationalrates, Bundesrat oder Volksbegehren (Bundesvolk)
6. **Geschäftsordnung**: geregelt Verfahren zur Behandlung der Gesetzesanträge -> Gesetzesantrag wird einem Ausschuss zugewiesen -> Vorbereitungen eines „Ausschussberichts“
7. erforderlich für Beschlussfassung **Präsenzquorum** und **Konsensquorum** (Zustimmung).
8. **Quoren = Erzeugungsform**
9. Bundesrat besitzt Einspruchrecht (**suspensives Veto**), allerdings **Beharungsbeschluss** durch NR möglich. Oft BR keine Mitwirkung, oft Zustimmung BR erforderlich
10. Gesetzesbeschluss Bundespräsident **Beurkundung** vorgelegt, Unterschrift des Bundespräsidenten durch Bundeskanzler „gegenzuzeichnen“. Sinn: Rechtserzeugung nach Regeln auch in politisch schwierigen Zeiten, haben allerdings keinen Edinfluss auf Inhalt, sind politisch und rechtlich für die Erfüllung der Beurkundung verantwortlich
11. Schließlich: **Kundmachung** des Gesetzesbeschlusses. Gesetz tritt am folgenden Tag im Kraft, ABER: späteres Inkrafttreten möglich (**Legisvakanz**) oder **Rückwirkung**
12. **rückwirkende Gesetze** NICHT vorhersehbar und ausgeschlossen sind **rückwirkende Strafgesetze** (Art 7 MRK) und **belastenden Regelungen** (Abgabehöhen)

- **Landesgesetzgebung**

1. Gesetzgebung durch **Landtage** („Einkammersystem“)
2. Landtage **von Landesbürgern** gewählt
3. nähere Regelungen über Abgeordnete und Wahl in **Landesverfassung** und Landesgesetzen (Verfassungsrecht im materiellen Sinn)
4. Zustandekommen Landesgesetz -> **Beschluss** Landestages und **Beurkundung** und **Kundmachung** Landesgesetzblatt durch Landeshauptmann
5. auch hier suspensives Veto BR jedoch Beharungsbeschluss LG und manchmal Zustimmung BR erforderlich
6. auch hier verschiedene Quoren

Vollziehung

- Vollziehung = im Allgemeinen Anwendung der Gesetze durch **Behörde**. Durchsetzung gesetzlicher Anordnungen im **Einzelfall**
- Verschiedene Akte die Gesetzgebung = Vollziehung, zB **Kompetenz** Verwaltungsbehörden zur **Erlassung Verordnungen**
- zwei Arten Vollziehung: **Gerichtsbarkeit** und **Verwaltung**
- Gerichtsbarkeit durch **unabhängige Organe** (Richter)
- Organe der Verwaltung ihren vorgesetzten Organen **weisungsgebunden**
- Justiz und Verwaltung von **verschiedenen Organen** ausgeübt
- Verwaltung auf **Bund** und **Länder** aufgeteilt
- **Kompetenzverteilung** (bestimmte Angelegenheiten, zB Vereinsangelegenheiten, allgemeine Sicherheitspolizei -> Bund; andere zB Naturschutz -> Ländern)

- **Bereich der Verwaltung:** Bund bedient sich der Organe des Landes. Errichtung eigener Bundesbehörden nur **besonderen Fällen** zulässig (mittelbare Bundesverwaltung). zB: Landeshauptmann Besorgung **Verwaltungsgeschäften** des Bundes berufen, ist dem zuständigen Bundesminister **weisungsgebunden**
- Wichtigstes Prinzip der Vollziehung: **Legalitätsprinzip** -> Vollziehung nur „**aufgrund der Gesetze**“. Vollzugsakt Grundlage aufgrund Gesetze

Gerichtsbarkeit

- Gerichtsbarkeit von Verwaltung organisatorisch **getrennt**
- **Kein Instanzenzug** und **keine Weisungshierarchie** zwischen Justiz und Verwaltung
- Gerichte in Angelegenheiten **bürgerlichen Rechts** (Zivilsachen) und **schwerer Straftaten** („Strafsachen) zuständig.
- Justizrecht = Einzelnen **Zuständigkeit** durch einfachen Gesetzgeber festzulegen
- Hauptorgan Gerichtsbarkeit: **Richter** (beamtes Organ, weisungsfrei, unabsetzbar, unversetzbar). In „schweren“ Straffällen: **Volksvertreter** (Schöffen, Geschworene)
- **Gerichtliches Verfahren** durch B-VG: **Mündlichkeit** und **Öffentlichkeit** <-> **Strafverfahren:** Anklageprozess (Ankläger Staatsanwalt und Urteiler Richter getrennt). Staatsanwalt ist **Organ** vertritt gerichtlichen Strafverfahren Staat untersteht **Bundesminister für Justiz** (weisungsgebunden)

Verwaltung

- **Bundesverwaltung:** BV-G Festlegung obersten Organe:
 1. **Bundespräsident, Bundesregierung** und Mitglieder der BR, die **Bundesminister**
 2. Diese Organe **nicht** einander über oder untergeordnet (keine Weisungsbefugnis) **SONDERN** System der **Aufgabenverteilung** und **gegenseitigen Kontrolle**
 3. Bundespräsident ernennt **Bundeskanzler** völlig frei, Bundesminister auf **Vorschlag** des Kanzlers; kann Bundeskanzler und Regierung **entlassen**, Bundesminister nur auf Vorschlag des Kanzlers.
 4. Aufgaben der BREG und Mitglieder aus **Verfassung** (zZ einfachgesetzliche Bestimmungen, welche Vollziehung zuständig sind.
- **Landesverwaltung:** obersten Verwaltungsgeschäfte von Landesregierung (Vorsitzender: Landeshauptmann). Landesregierung Landtag gewählt
- **Selbstverwaltung:** Besorgung Verwaltungsaufgaben durch **eigene Körperschaften** (juristische Personen), weitgehend unabhängig von staatlichen Organen, Weisungsfreiheit. zB: Gemeinde, Kammern und Sozialversicherungsträger.
 - Selbstverwaltung **liberales Element Verfassung** (Subsidiaritätsprinzip)

Rechtsschutz und Kontrolle

- Einhaltung des Rechts unabdingbar -> **Rechtsstaat**; alle Behörden an Gesetze gebunden. ABER: **Fehler durch Behörden** = Problem. Kontrolle bzw Lösung: **Rechtsschutz**
- Kontrolle Verwaltung -> **Verwaltungsgerichtshof**; Kontrolle Gesetzgebung -> **Verfassungsgerichtshof**.
- Verwaltungskontrolle wichtig da Verwaltungsorgane **Politikmacht** weisungsgebunden. VfGH wichtig da Gesetzgeber **ingeschränkt**

- Auch Gerichte Fehlentscheidungen, ABER letztinstanzliches Urteil falsche Entscheidung **besser als gar keine** (Alternative: Gewalt)
- **Verwaltungsgerichtshof**
 1. Verletzung Rechte **Bescheid** -> nach **Instanzenzugausschöpfung** (Bescheidbeschwerde) Verwaltungsgerichtshof
 2. gibt VwGH Beschwerdeführer recht -> **Bescheid aufgehoben** -> Verwaltungsbehörde unter Bindung der neuen Rechtsauffassung **neue Entscheidung**
 3. VwGH Sitz Wien, Entscheidung in Senaten, je nach Fallschwierigkeit 3,5 oder 9 Richter. Richter aus allen juristischen Bereichen (Gerichte, Verwaltung, Rechtsanwälte)
 4. erst nach **Erschöpfung** des Instanzenzuges
 5. **Säumnisbeschwerde**: VwGH entscheidet Sache da Verwaltungsbehörde über Antrag Person nicht entscheidet (Untätigkeit); VwGH abrufbar nach erfolglosem Anrufen der obersten Verwaltungsbehörde)

- **Verfassungsgerichtshof**

1. wichtigste Kompetenz: **Gesetzesprüfung nach Verfassungsmäßigkeit**
2. auch **demokratischer Gesetzgeber** richterlicher Kontrolle **unterworfen**
3. Entscheidungen VfGH **politische Beachtung** da Politikmächte in Schranken gewiesen
4. Staatsrechtlehre Kelsen vs Schmitt, Kelsens **Modell gerichtlichen Überprüfung Verfassungsmäßigkeit Gesetze** durchgesetzt
5. weitere Aufgaben: Bescheide Grundrecht verletzen, VO gesetzmäßig, Wahlen Rechtmäßigkeit, **höchste Staatsorgane** (BPRÄS, BM, LH) **Amt entfernen**

• **Rechnungshof**: Kontrolle Gebarung. Gebarung = Verfügung über Vermögen.
Erstattet Bericht, keine Konsequenzen

1. **Volksanwaltschaft: Missstände** in Verwaltung aufzeigen, **Empfehlungen** erteilen wie Missstände zu beseitigen; Bericht an NR

Grundrechte

• Grundrechte: bestimmte Lebensbereiche unter **besonderem verfassungsrechtlichen Schutz**

• Quellen: **Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger** (StGG 1867) sowie **Europäische Menschenrechtskonvention** (MRK)

• Diese Grundrechte NICHT durch Gesetzgeber noch Vollziehung beeinträchtigt werden

• ABER: **Gesetzesvorbehalt**: einfache Gesetzgeber Eingriff auf Rechtsposition des Einzelnen im **Interesse der Allgemeinheit**. Interesse Allgemeinheit Vorrang > Interesse einzelnen

• **Gleichheitssatz**:

1. „**Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich**“ (StGG 1867). Später ergänzt und modifiziert, zB Unionsrecht (Gleichbehandlung aller Unionsbürger). Gleichheitsgrundsatz größte praktische Rolle, bindet Vollziehung als auch Gesetzgeber.
2. Gesetzgeber: **nur sachlich gerechtfertigte Differenzierung**. Gleiches soll gleich, ungleiches ungleich behandelt werden. Schwierige Entscheidung -> VfGH berufen dies zu lösen
3. Vollziehung: **keine Willkür**. Keine Benachteiligung aufgrund Gründen die ausschließlich in der Person liegen

- **Schutz des Eigentums**:

1. „Eigentum ist unverletzlich“ und **verfassungsrechtlich geschützt**.

2. „Eigentum“ bedeutet im verfassungsrechtlichen Sinn **jedes vermögenswerte Privatrecht** (Ergebnis historischer Interpretation)
 3. Satz 2 Art 5 StGG 1867 **Entziehung des Eigentums oder Eigentumsbeschränkung gegen Willen des Berechtigten**: falls öffentliches Interesse besteht und Eingriff notwendiges Ausmaß nicht überschreitet -> **Verhältnismäßigkeit**. Im Regelfall **Entschädigung** vorgesehen.
- **Persönliche Freiheit**: „Jedermann hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit“. (seit 1862). **Geschützt ist die körperliche Bewegungsfreiheit**. Auch Art 5 MRK schützt die persönliche Freiheit. **Fälle der Freiheitsentziehung** zB wenn jemand „gefährlich ist“.
 - **Freiheitsentzug** nur von unabhängigen Behörden **Gericht UVS** verfügt werden darf. Ausnahme: **öffentlicher Sicherheitsdienst** (Polizei) zB Enttappung strafbarer Handlung
 - **Freie Meinungsäußerung**:
 1. „Jedermann hat Anspruch auf freie Meinungsäußerung“ (MRK, vergleichbare Regelung jedoch seit 1867)
 2. **Willensbildungsprozess** (Menschen tauschen Informationen und Überzeugungen aus und bilden einen Willen des Volkes, **wichtig für Demokratie**)
 3. **Meinung Minderheiten** geschützt
 4. Auch hier **Gesetzesvorbehalt**, zB Weitergabe Informationen oder Äußerung verboten (ärztliche Schweigepflicht, Verschwiegenheit Rechtsanwalt)
- Weitere Grundrechte erfassen alle Sphären Menschen: wirtschaftliche (Erwerbsfreiheit), persönlich-familiäre, persönlich-moralische (Privatleben).
 - Die Grundrechtsordnung bestimmt die **Stellung des Menschen** im Staat

Andreas Zavadil

JUS Einführungsprüfung

Öffentliches Recht

- Abgrenzung Öffentliches Recht < - > Privatrecht **theoretisch** nicht möglich
- Noch im 19 Jhdt: Öffentliches Recht -> „**politisches Recht**“, dient zur **Verwirklichung der Staatszwecke**; Gegensatz dazu Privatrecht -> für Staatszwecke irrelevant -> „**unpolitisches Recht**“
- Deshalb Vollziehung Privatrecht unabhängige Gerichte da **politisch irrelevant**
- „Wesensunterschied“ – Lehre zw. Öff. Recht und Privatrecht **bedeutend** für **Verfassungsentwicklung**
- **Wiener Rechtstheoretische Schule** (Weyr, Kelsen) gezeigt, dass Gegensatz bloß **ideologisch** ist; mit rechtswissenschaftlicher Betrachtung kein Wesensunterschied möglich
- Zuständigkeitsregel findet sich § 1 Jurisdiktionsnorm: Gericht bürgerliche Sachen
- Unterscheidung spielt Rolle da **Frage der Zuständigkeit** Verwaltungsbehörde oder Gericht für Bürgerliches Recht

- Praktische Bedeutung nicht **sehr groß** da Gesetzgeber Zuständigkeit v. Verwaltungsbehörden und Gerichten Regelfall **präzise bestimmt**
- keine theoretische Unterscheidung -> positives Recht unterscheidet -> Entscheidung ist positivrechtlich zu erfassen auch wenn kein theoretischer Unterschied
- für Abgrenzung zwei Theorien
- **Interesstheorie:**
 - Unterschied dass öffentliche Recht dem Schutz **öffentlichen Ineresses** dient, private Recht Schutz privater Interessen
 - exakte Abgrenzung dennoch nicht möglich da fast jede Regelung sowohl privates als auch öffentliches Interesse, nur oft **verschiedene Aspekte** im Vordergrund
- **Mehrwerttheorie:**
 - Unterschied dass öffentlichen Recht juristische Herrschaftsverhältnisse (**Über- und Unterordnung**) gibt, im Privatrecht **Gleichordnung**
 - auch dies tendenziell richtig: Öffentliches Recht (Heteronomie) einseitige, Privatrecht (Autonomie) zweiseitige Normsetzungsbefugnisse
 - ABER: auch im **Privatrecht einseitige Normsetzungsbefugnisse** (Arbeitsrechts, Eltern-Kind)
 - ABER: auch im **öffentlichen Recht zweiseitige Normsetzungsbefugnisse** (Genehmigungen, die nur auf Antrag erteilt werden)
- Alles, was nicht Privatrecht -> „Öffentliches Recht“
- Wenn ausdrückliche Zuordnung im Gesetz fehlt -> mithilfe **Interpretation** Zugehörigkeit bestimmen
- Darüber hinaus nicht weiter bedeteund

Verwaltungsrecht

- Jener Teil d. Rechtsordnung fällt in **Vollzugszuständigkeit der Verwaltungsbehörden**
- Verwaltung **in Bund** und **Länder** geteilt -> **Kompetenzteilung** nach Verfassung
- Ist äußerst umfangreich („Von der Wiege bis zur Bahre, Formulare, Formulare!“)
- Unterschied Bundesverwaltung u. Landesverwaltung -> **verschiedene Organe** zur Vollziehung zuständig
- Vollziehung Verwaltungsrecht erfolgt **in mehreren Instanzen**: Unterbehörde entscheidet durch **Bescheid** -> Rechtsmittel („Berufung“) -> nächsthöhere Behörde
- Instanzenzug endet beim obersten Organ des jeweiligen Vollzugsbereichs
- Manchmal oberste Organe einzige und letzte Instanz, manchmal auch bei Unterbehörde aber auch in diesen Fällen kann oberste Behörde Weisung erteilen
- Oft setzen Verwaltungsorgane „Akte **unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt**“ -> zB Festnahme, Abnahme des Autoschlüssels. Diese Akte sind bei unabhängigen Verwaltungsbehörden, den **unabhängigen Verwaltungssenaten** (UVS) bekämpfbar

- **Landesverwaltung:**

1. oberstes Organ -> **Landesregierung**
2. darunter **Unterbehörden**, die **weisungsgebunden** und unter Aufsicht der Landesregierung
3. im Normalfall in erster Instanz **Bezirksverwaltungsbehörde** (BVB), in zweiter und letzter Instanz **Landesregierung** (oder falls verfassungsrechtlich vorgesehen: ein Mitglied der Landesregierung).
4. manchmal Landesregierung (bzw ein Mitglied derer) auch erste und letzte Instanz

- **Bundesverwaltung:**

1. oberstes Organ -> **Bundesminister oder Bundesregierung**
2. es können unter jeweiligen Bundesminister Bundesbehörden eingerichtet sein -> **unmittelbare Bundesverwaltung** -> zB Sicherheitsdirektion, Denkmalschutz (Bundesdenkmalamt)
3. unmittelbare Bundesverwaltung lt. Verfassung nur in bestimmten Fällen zulässig; grundsätzlich muss Bund Verwaltungsaufgaben durch Landesbehörden vollziehen -> **mittelbare Bundesverwaltung**
4. bei mittelbarer Bundesverwaltung: Bundesminister kann Landeshauptmann Weisungen erteilen und es besteht ein Instanzenzug
5. **Organe im organisatorischen Sinn** werden hier **auch Bundesorgane im funktionellen Sinn genannt**
6. es kann **Bundesminister** erste und zugleich letzte Instanz sein
7. manchmal, insbesondere Verwaltungsstrafrecht -> **UVS als Berufungsbehörden** anstelle der sonstigen Verwaltungsbehörden
8. Entscheidungen der höchsten Instanz unterliegen noch jeweils dem **VwGH** und **VfGH**

Justizrecht:

- Jener Teil d. Rechtsordnung fällt in **Vollzugszuständigkeit der Gerichte**
- Umfasst **Privatrecht** (=bürgerliches Recht oder Zivilrecht) und (schweres) Strafrecht
- Gerichtsbarkeit ist immer **Bundessache**
- Neben gerichtlichen Strafrecht auch Verwaltungsstrafrecht -> man kann sagen für **geringfügige Strafsachen = Verwaltungsbehörde** und für **schwere Strafen = Gerichte** zuständig
- Internationale Entwicklung der Menschenrechte Resultat dass schwere Strafen, insb Freiheitsstrafen, nur von (unabhängigen) Gerichten verhängt werden dürfen. Privatrecht traditionell als politisch unwichtig betrachtet -> Einfluss der Machtträger konnte aufgegeben werden. Dass schwere Strafrecht unabhängigen Staatsorganen übertragen wurde -> Resultat verschiedener revolutionärer Freiheitsbestrebungen
- Zivilgerichtsbarkeit als auch Strafgerichtsbarkeit gibt es Instanzenzug. Wer rechtswidrig verurteilt -> mit Rechtsmittel an nächsthöheres Gericht
- Höchstes Gericht für Zivil und Strafgerichtsbarkeit -> **Oberster Gerichtshof** (dieser entscheidet nur in **wichtigen** Fällen, sonst endet Instanzenzug früher)
-

- **Instanzenzug Strafrecht:**

1. Es gibt **Anklagebehörde** (weisungszusammenhang zwischen den Behörden): Bundesminister für Justiz -> Generalprokuratur (für obersten Gerichtshof) -> Oberstaatsanwaltschaft (für Oberlandesgericht) -> Staatsanwaltschaft (für Landesgericht) -> Bezirksanwalt (für Bezirksgericht)
2. Bezirksgericht -> Landesgericht (2 Instanz, entscheidet als 3-Richter-Senat) -> Oberlandesgericht -> Oberster Gerichtshof (nur in wichtige, bedeutenden Fällen)
3. oder: Landesgericht (1 Instanz, entscheidet als Einzelrichter, Schöffengericht oder Geschworenengericht) -> Oberlandesgericht -> Oberster Gerichtshof (nur in wichtigen, bedeutenden Fällen)

- **Instanzenzug Zivilrecht:**

1. Bezirksgericht -> Landesgericht (2 Instanz entscheidet als Berufungssenat) -> Oberster Gerichtshof (in wichtigen Fällen)
2. Landesgericht (1 Instanz entscheidet als Senat oder Einzelrichter) -> Oberlandesgericht -> Oberster Gerichtshof (in wichtigen Fällen)

Das subjektive Recht

- Rechtsvorschriften regeln, wie Menschen sich verhalten sollen und Einhaltung dieser Rechtsordnung durch staatlichen Zwang
- Objektives Recht -> **geltendes Recht**; die geltende Rechtsordnung schlechthin. Es hat für sich keinen Erklärungswert, gewinnt einen jedoch durch das
- Subjektive Recht -> Regelung die **Menschen** (natürliche) oder **juristische Personen** ermächtigen; Ermächtigung zur **Einhaltung** einer **Vorschrift des objektiven Rechts durch Anrufung staatlicher Organe** durchzusetzen
- Nicht jede Regelung des objektiven Rechts räumt auch subjektives Recht ein, jedoch jedes subjektive Recht aus einer Vorschrift des objektiven Rechts erflossen
- Privatrecht: subjektive Rechte selbstverständlich
- Öffentliches Recht: auch hier viele Bereiche wo subjektive Rechte eingeräumt, doch auch viele Bereiche, wo keine subjektiven Rechte
- zB Baubewilligung -> Mindestabstand zwischen Gebäuden, subjektives Recht für den Nachbarn, jedoch kein subjektives Recht ob Ortsbild zerstört werden würde (dies hat Behörde jedoch bei Entscheidung zu berücksichtigen)
- lange galt Ansicht dass Einzelne keine Rechte gegen Staat durchsetzen kann. Im 19 Jhd -> **Gewährleistung subjektiver Rechte für Begrenzung Staatsmacht** zweckmäßig (Liberalismus).
- Folge: **Grundrechte** (subjektive Rechte im Verfassungsrang) und subjektiven Rechte in einfachen Gesetzen
- Subjektives Recht -> im Verfahren **Parteistellung** (demokratische Komponente), **Akteneinsicht, Einflussnahme auf behördliche Entscheidung und Kontrolle der behördlichen Tätigkeit**

Das Rechtssubjekt

- Rechtssubjekt -> jener, für den von der Rechtsordnung **Rechte** und/oder **Pflichten** festgelegt sind, ist **Subjekt der Rechtsordnung** (=Rechtssubjekt)
- Rechtssubjekte sind Rechtsordnung „unterworfen“ -> daher auch **„Rechtsunterworfen“** oder „Adressat“
- Rechtsvorschriften regeln immer Verhalten eines mehr oder weniger großen Kreises von Subjekten

- Wer kann Rechtssubjekt sein? -> **Mensch** (physische Person, natürliche Person) und „**juristische Personen**“ (außermenschliche Gebilde, rechtliche Konstruktionen, zB Bund, Länder, Gemeinden, Vereine, politische Parteien, AGs)
- Man muss zwischen Mensch und juristischer Person **unterscheiden** (zB Schulpflicht nur für natürliche Personen)
- Welche Rechte u. Pflichten kann eine juristische Person haben? -> hängt von der **Rechtsordnung** ab
- Da (positive) Rechtsordnung bezieht sich immer auf menschliches Verhalten -> **Organe** (Menschen), die für juristische Person **handeln**
- **Organstellung** bestimmt sich nach Organisationsrecht der juristischen Person. **Handeln wird der juristischen Person zugerechnet (=Zurechnung)**

Interpretation (Auslegung)

- Rechtsdogmatik -> **Beschreibung des geltenden Rechts**
- Interpretation (=Auslegung) = zentrale **wissenschaftliche Methode** für die Beschreibung des geltenden Rechts
- Ziel: „Wissen“ (objektive Wahrheit) über positives Recht zu gewinnen
- Interpretation von Rechtsvorschriften muss **intersubjektiv** nachvollziehbar sein
- Von **Rechtserkenntnis**, „Wissen“ ist **Rechtsanwendung** zu unterscheiden. Zuerst **interpretiert** man (wissen), dann **entscheidet** man (wollen)
- Oft werden diese Funktionen nicht unterschieden, müssen aber, auch wenn es schwierig ist
- **authentische Interpretation (=Legalinterpretation)**-> normsetzendes Organ erlasst Anordnung dass eine früher erlassene Vorschrift in einem bestimmten Sinn zu verstehen ist. Sie ist trotz „Interpretationsbezeichnung“ **keine** Rechtserkenntnis, sondern ein Normsetzungsakt
- **Analogie**: Anwendung einer Rechtsvorschrift die einen bestimmten Sachverhalt regelt auf einen ähnlichen, aber nicht geregelten Sachverhalt -> **Lückenschließung**
- **Lückenschließung** jedoch eigentlich Aufgabe des Gesetzgebers denn **Lückenschließung = Rechtsschöpfung**
- **Echte (planwidrige) Lücken** = Regelung ist vorhanden, aber so unvollständig, dass sie nicht anwendbar erscheint und man daher analog auf eine ähnliche Regelung schließt
- **Unechte (planmäßige) Lücken** = Regelung für bestimmte Angelegenheit fehlt, dieses Fehlen führt jedoch nicht zur Unanwendbarkeit anderer Regelungen. Diese dürfen durch Analogie nicht geschlossen werden
- Gegenstand der Interpretation ist **das positive Recht** -> Auslegung von Gesetzen (generellen Regelungen), jedoch auch Urteile, Verträge, Bescheide, etc
- Interpretation nur des positiven Rechts, nicht Interpretation im „Lichte der Vernunft“ oder „das ist moralisch gerecht“
- **Interpretation** -> Willen des Gesetzgebers erkennen -> Gesetzgeber bedient sich der Sprache -> Interpretation beginnt stets bei **Analyse der Sprache**
- **Wortinterpretation (Verbalinterpretation)**
 1. man muss **Bedeutung eines Wortes** erkennen
 2. besonders unscharfe Wörter (zB Was ist eine Waffe?, ausgenommen Waffengesetz) -> „**unbestimmte Gesetzesbegriffe**“

3. **Begriffskern** (Nachtzeit -> ~ 0 Uhr) und **Begriffshof** (Nachtzeit -> ~ 20.00), jedoch nicht 14 Uhr
4. Bedeutung von Worten ändert sich im Laufe der Zeit -> sind Worte **historisch** oder **aktuell** zu verstehen?

- **Grammatikalische Interpretation**

1. Inhalt ergibt sich auch **aus grammatikalischem Zusammenhang**, Sprachregeln, Zeichensetzung

- **Systematische Interpretation**

1. Sprachbedeutung unter Bedachtnahme auf **andere Vorschriften** zu ermitteln -> **System der Rechtsordnung** wird untersucht
2. **Legaldefinitionen** -> erleichtern unsere Interpretation. **Gesetzgeber definiert ein Wort**, zB § 1 Waffengesetz
3. Vorschriften dürfen nicht so interpretiert werden, dass andere überflüssig werden
4. **verfassungskonforme Interpretation** -> lässt Wortlaut mehrere Auslegungsvarianten zu -> jene Auslegung hat **Vorrang**, die ein Gesetz verfassungskonform erscheinen lässt

- **Willens – oder Sinnesinterpretation**

1.= **historische Interpretation**, fragt nach **Absicht des Gesetzgebers**

2. Absicht muss aus **objektiven Gegebenheiten** abgeleitet werden, zB Gesetzesmaterialien (=Beratungsprotokollen, Gesetzesentwürfe samt Erläuterungen, nicht aus Überlegungen der Vernunft)

- **Teleologische Interpretation**

1. welcher **Zweck** ein Gesetz?
2. Vorsicht, da Gesetze immer einen Zweck verfolgen, jedoch nicht **schrankenlos**
3. beliebte Interpretation, da man den Zweck „erkennen kann“, der

- Ziel jeder Auslegung -> was **Inhalt rechtlicher Regeln** ist
- Allgemein muss man alle Methoden anwenden
- Oft trotz aller Methoden Unklarheiten -> **Grenzen der Erkenntnis** erreicht und **Wissenschaft schweigt**
- Man kann eine vertretbare **Auslegungsmöglichkeit** wählen -> es gibt keine „einzige Lösung“
- Problem: **verschiedene Interpretationsergebnisse** -> Normtext hat vorrangige Bedeutung, da Rechtsordnung in Form der Sprache kundzumachen sind (jedoch schwierige Frage)
- Rechtswissenschaft hat keine rechtsgestaltende Aufgabe, das ist **politische Aufgabe**

Österreich in der internationalen Staatengemeinschaft

- Neben Rechtsnorm von österreichischem Gesetzgeber -> Rechtsnormen auf **internationale Ebene**
- Zwei Arten von Rechtsnormen auf internationaler Ebene: Normen des **Völkerrechts** und Normen des **Europäischen Unionsrechts**

- **Völkerrecht:** Rechtsnormen, die **Beziehungen** zw. **Souveränen Staaten** und **sonstigen Völkerrechtssubjekten** regeln
- Souveräne Staaten **wichtigste Völkerrechtssubjekte**, haben **unbeschränkte Völkerrechtssubjektivität**
- Souveränen Staaten sind **rechtlich gleich** ABER in Realität Staaten voneinander abhängig wirtschaftlich, militärisch und politisch
- **Internationale Organisationen** -> werden durch völkerrechtliche Verträge zwischen Mitgliedsstaaten gegründet jedoch nur **partielle Völkerrechtssubjektivität** (=IG können nur insoweit Träger von Pflichten sein, als Mitgliedstaaten ihnen zugestehen)
- IG ermöglichen Zusammenarbeit von Staaten zum Zwecke gemeinsamer Ziele: **„Integration“**, zB UN, Europarat, EU
- **Supranationale Organisationen** -> IG sind supranationale Organisationen wenn Organe der Organisation **Recht schaffen können**, die für Mitgliedsstaaten unmittelbar **verbindlich** sind
- Nach 2 Weltkrieg Ansicht dass **grundlegende Rechte** nicht nur Staatsangelegenheit sondern Angelegenheit der **Völkergemeinschaft** -> **Anerkennung des Individuums als partielles Völkerrechtssubjekt**
- **Traditionelle Völkerrechtssubjekte** -> Heiliger Stuhl, Internationales Komitee vom Roten Kreuz, Souveräner Malteser-Ritter-Orden
- **Völkerrecht** Besonderheit da im Gegensatz zu staatlichen Recht **kein** zentrales **Normsetzungsorgan** wie **organisierte Rechtsdurchsetzung**
- Warum? Da aufgrund **Prinzip der souveränen Gleichheit** der Staaten keine den Völkerrechtssubjekten **übergeordnete Autorität**
- Völkerrechtsbehörde zB internationales Gericht nur für Völkerrechtssubjekte sprechen, die ihr unterworfen haben
- **Völkerrechtsquellen** -> Völkervertragsrecht (geschrieben), Völkergewohnheitsrecht und allgemeinen Rechtsgrundsätze
- **Völkerrechtsverträge** bilateral oder multilateral und binden immer Völkerrechtssubjekte, die Völkerrechtsvertrag zugestimmt (**Konsensgrundsatz**)
- Recht für Abschluss völkerrechtlicher Verträge in **Wiener Vertragsrechtskonvention**
- **Völkergewohnheitsrecht** -> durch Übung der Völkerrechtssubjekte, die überzeugt sind, es sei so geboten (Festhaltung VGR kann schwierig sein)
- **Allgemeine Rechtsgrundsätze** -> durch Vergleich verschiedener Rechtsordnungen -> Gemeinsamkeiten -> allgemeiner Rechtsgrundsatz
- **Verletzung** einer völkerrechtlichen Verpflichtung durch Völkerrechtssubjekt -> in Regel kein Durchsetzungsorgan -> **eigenmächtige Maßnahmen („Fehlen eines organisierten Zwanges = Schwäche des Völkerrechts“)**
- Republik Österreich = **„juristische Person“** für Völkerrecht; handelt durch **Organe**, die für Österreich Völkerrechtsverletzungen vermeiden müssen
- **B-VG** hat **Bestimmungen**, wie völkerrechtliche Normen in innerstaatliche Rechtszuordnung überzunehmen sind
- **auf fast allen wichtigen Gebieten der Rechtsordnung** -> völkerrechtliche Verpflichtungen Österreichs
- zB internationaler Straßenverkehr (Art 3 Wiener Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen) -> in Form der StVO nachgekommen, Art 5 MRK über Freiheitsentzug -> muss von einer unabhängigen Behörde überprüft werden, Arten- und Tierschutz (zB Berner Konvention)

- Europäische Union (EU) -> durch **multilaterale völkerrechtliche Verträge** geschaffene **Staatenverbindung** in Form einer **Supranationalen Organisation**
- Ziel: Schaffung **politischer Union** der Völker Europas
- **27 Mitgliedsstaaten** Teil Kompetenzen und Gesetzgebung an Europa abgegeben (an Organe der EU)
- **Organe der EU:**
 - 1) **Europäischer Rat** -> Vorsitzender: Präsident des Europäischen Rates | Staats und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten | Präsidenten der Europäischen Kommission. **Aufgabe:** Beschluss allgemeiner politischer Leitlinien für Entwicklung der EU, **keine Gesetzgebungskompetenz**
 - 2) **Rat** -> je ein Vertreter der Mitgliedsstaaten auf Ministerebene = Ministerrat (je nach Anliegen zuständige Fachminister kommen zusammen, zB Rat der Verkehrsminister) | **ist Gesetzgeber**, jedoch auch Kompetenz in **Vollziehung**
 - 3) **Europäisches Parlament (EP)** -> 754 (2014: 751) Vertreter der Unionsbürger durch Volkswahl in Mitgliedsstaaten gewählt | **Gesetzgebung mit Rat** | keine **selbstständige Rechtsetzungsbefugnis** sondern Mitwirkungsrechte (die verstärkt wurden)
 - 4) **Europäische Kommission** -> Kollegialorgan von 27 Mitgliedern | agieren **unabhängig** von Mitgliedsstaaten | EP und Rat nur auf **Vorschlag der Kommission** Rechtsakte erlassen | Kommission = **Motor der Unionspolitik**
 - 5) **Gerichtshof der Europäischen Union** -> unabhängige Richter besetzt | **EuGH** mit jeweils 1 Richter je Mitgliedsstaat | **EuG** mit mindestens 1 Richter je Mitgliedsstaat) | Fachgericht | Gerichtshof durch Erlassung von **bindenden Entscheidungen** Wahrung des Rechts -> **Entscheidungen bedeutend**
- **Recht der Europäischen Union (Unionsrecht):** von diesen Organen der erlassenen Rechtsnormen (Sekundärrecht) + Gründungsverträge der EU (EUV, AEUV) + Beitrittsverträge (Primärrecht) + vom EuGH entwickelten allgemeinen Rechtsgrundsätze
- **Unionsorgane** können verbindliche Rechtsakte setzen:
 - 1) **Verordnungen** -> mit staatlichen Gesetzen vergleichbar. Verpflichten/ Berechtigen Mitgliedstaaten **grundsätzlich unmittelbar** und sind **supranationales Recht**
 - 2) **Richtlinien** -> verpflichten Mitgliedsstaaten zur **Erreichung bestimmter Ziele**, jedoch Art und Weise des „wie“ bleibt ihnen überlassen (meist durch Erlassung innerstaatlicher Gesetze u. Verordnungen)
 - 3) **Beschlüsse** -> entweder wie österreichischer Bescheid an **bestimmten Adressaten** gerichtet (Einzelfälle) oder manchmal auch **allgemeine Regelungen**
 - 4) **Empfehlungen und Stellungnahmen**
- Unionsrecht im Vergleich mit Völkerrecht **Besonderheiten:** Rechtsnormen d. Unionsrecht verpflichten Rechtsunterworfenen d. Mitgliedsstaaten teilweise unmittelbar **„Unmittelbare Wirkung des Unionsrechts“** (insbesondere Normen des Primärrechts, Verordnungen und Beschlüsse)
- Widerspricht Norm des Mitgliedsstaates Norm des Unionsrecht -> **Vorrang des (unmittelbar wirkenden!!) Unionsrechts** (Norm des innerstaatlichen Rechts darf im konkreten Fall nicht angewendet werden)

- Da im Rat, EP und Kommission nicht Einstimmigkeit sondern bloß (oft qualifizierte Mehrheit) für EU verbindliche Rechtsakte (**„Mehrheitsprinzip statt Einstimmigkeitsprinzip“**) -> möglich, dass einzelne Mitgliedsstaaten an Unionsrecht gebunden, **obwohl nicht zugestimmt**
- Aufgrund Kompetenzen und dieser Besonderheit ist EU supranationale Organisation - **> Unionsrecht neue und eigenständige Rechtsordnung** (zwar geschaffen durch völkerrechtliche Verträge, jedoch vom klassischen Völkerrecht losgelöst)
- EU ist **KEIN** Bundesstaat und daher Unionsrecht kein staatliches Recht
- Bedeutung für Österreich? -> Inkrafttreten Völkerrechtlichen Vertrages über EU-Beitritt Österreichs am **01.01.1995**
- **Konsequenz:** Gerichte und Verwaltungsbehörden bei Beurteilung von Sachverhalten müssen **zwei Normsysteme** (österreichisches Recht und Unionsrecht) beachten
- Alle österreichischen Vollzugsorgane müssen dies unmittelbar anwenden
- **Inkorporation** derartiger Normen in österreichische Rechtsordnung **nicht nötig**
- Oft auch Unionsrecht mit österreichischem Recht **eng verzahnt** da österreichische Gesetze **aufgrund von unionsrechtlicher Richtlinien** erlassen
- **Prinzip des Vorrangs des Unionsrecht** (unionsrechtswidrige Norm des österreichischen Rechts darf im konkreten Fall nicht angewendet werden)
- Grundsätzlich Vorrang Unionsrecht auch gegenüber Verfassungsrecht, jedoch Grundprinzipien („integrationsfester Kern“) auch? -> **umstritten**